



DIE VOLLKOMMEN KONSEQUENZLOSE EINWANDERUNG

Paul Ronzheimer (Bild): Ich bin stolz auf Deutschlands Menschlichkeit

Von CANTAL00P | Bekannt ist: kaum ein Bericht, Kommentar (Paul Ronzheimer, BILD: [„Ich bin stolz auf Deutschlands Menschlichkeit“](#)) oder auch eine TV-Sendung beschäftigt sich innerhalb des noch immer allgegenwärtigen „Flüchtlings“-Themas auch nur annähernd mit dessen ökonomischen Folgen oder Gefahren.

Unisono wird in Reportage und Feuilleton ignoriert, was für jeden Bürger längst offensichtlich ist. Über tatsächliche Kosten und vor allem Risiken schweigt man sich beharrlich aus. Solch eine Art der Nachrichtenübermittlung einseitig zu nennen, wäre wohl noch gelinde ausgedrückt. In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich wird derart kolportiert, ohne dass dies auch nur die geringsten Folgen für die zumeist staatlich gemästeten System-Medien hat.

Auch wenn zu Corona-Zeiten aktuell andere Prioritäten im Land gesetzt werden, so ist es doch unübersehbar, in welcher missliche Lage sich weite Teile der Berichterstattung zwischenzeitlich manövriert haben. Und, was noch viel

schlimmer ist, selbst wenn diese jetzt zugeben würden, manche Aspekte der zum Teil völlig aus dem Ruder laufenden Zuwanderung möglicherweise nicht kritisch genug betrachtet zu haben, wären sie sofort dem Vorwurf der Menschenfeindlichkeit ausgesetzt.

Diesbezüglich eine Risikoabwägung oder dialektische Analyse vorzunehmen, ist bekanntlich noch nicht einmal im Traum denkbar. Wir wissen es längst – der Satz „aber es geht doch um Menschen“ ist das moralische Kreuz-Ass in der gesamten Flüchtlings-Debatte. Und beendet gleichsam jedwede Diskussion darüber zuverlässig.

Es ist ungefähr so, als ob man gutes Geld in ein schwarzes Loch kippt. Hierzulande kostet ein einziger, unbegleiteter Schutzsuchender bis zu 6000 Euro im Monat. Damit könnte man in dessen Heimat nahezu die gesamte Sippe, inklusive des Dorfchefs unterhalten. Eine geradezu groteske Verschwendung von mühsam erwirtschafteten Ressourcen, die ganz sicher keiner seriösen, vernunftbegabten und betriebswirtschaftlichen Untersuchung standhalten würde.

Weshalb auch – es geht ja schließlich um „Menschen“ – und da dürfen schnöde finanzielle Kriterien oder auch gesundheitliche Wagnisse keine Rolle spielen. Auch nicht während der größten sich anbahnenden Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Selbst dann, wenn man behördlicherseits dazu überginge, sämtliche „Jugendliche“ auf Lesbos mit einem Lear-Jet abzuholen, gäbe es ganz sicher noch genug linke Aktivisten und „Menschenrechtler“, die dies befürworten würden.

An dieser Stelle muss einmal mehr der Wirtschaftswissenschaftler und Sozialtheoretiker [Thomas Sowell](#) zitiert werden, nach dessen Auffassung, *„Aktivismus eine Möglichkeit für nutzlose Menschen ist, sich wichtig zu fühlen, auch wenn die Folgen ihres Aktivismus kontraproduktiv für all diejenigen sind, denen sie zu helfen behaupten und dem Gefüge der Gesellschaft als Ganzes schaden.“*

Eine sicherlich begründete These. Schließlich ist bekannt, dass insbesondere Linke und Grüne dazu neigen, das Elend künstlich aufzublasen, das sie angeblich verhindern. Sie sind aber komplett betriebsblind für jenes, das sie verursachen. Und solange ihr Handeln derart konsequenzlos bleibt, wie oben beschrieben, kann sich hierzulande nichts zum Positiven verändern. Weder für die kulturfremden „Flüchtlinge“ – noch für die indigenen Bürger.



Die Woche COMPACT: So knüppelt die Hygiene-Diktatur

War der Lockdown von Anfang an Teil einer großen Lüge? Ein jetzt bekannt gewordenes Gutachten legt zumindest die Vermutung nahe: Die Politik weiß längst, dass die Zahl der Infizierten auch ohne Ausgangssperren zurückgegangen wäre. Besonders brisant: Die Studie kommt aus dem inneren Kreis der Regierungsberater – und sie ist ein Thema für diese Ausgabe von Die Woche COMPACT. Weitere Themen: Infektionen – Die wahren Zahlen des Robert-Koch-Instituts / Strippenzieher – Bill Gates und die Propaganda / Globalisierung – Wie die One World die Krise verschärft.



War der Lockdown völlig unwirksam?

Von MARKUS GÄRTNER | Professor Dr. Stefan Homburg ist das, was man im Badischen voller Bewunderung ein „Käpsele“ nennt. Der angesehene Finanzwissenschaftler studierte in der ersten Hälfte der 80er-Jahre.

Max Otte war Homburgs Student, als dieser bereits eine Assistenten-Tätigkeit übernommen hatte. Homburg schrieb ab dem 5. Semester ein Makro-Lehrbuch, das im ganzen Land beliebt war. Später wurde er Berater von Kanzler Schröder.

Und am vergangenen Freitag hat Homburg dem YT-Kanal [„Punkt.PRERADOVIC“](#) ein Interview gegeben, das weit über die Video-Plattform hinaus enorme Wellen schlägt. Homburg legt anhand der Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) dar, dass die drakonischen Maßnahmen der Regierung gegen das Corona-Virus nichts gebracht haben.

Die viel beachteten Reproduktionszahlen, auf die zuletzt die Kanzlerin selbst prominent hingewiesen hat, waren – wie man dem [„Bulletin17/2020“](#) des RKI entnehmen kann – bereits zwei Tage VOR der Verkündung des Lockdowns unter 1 gesunken, was auf eine rückläufige Corona-Epidemie hinweist.

Seit dem 21. März sind – und bleiben – sie unter 1. Jetzt sind sie sogar bei 0,7. In diesem Video greifen wir die Kritik von Homburg auf und erinnern an das von Frau Merkel Ende März

aufgestellte Kriterium der Verdopplungszeit. Es wurde nach kurzer Zeit wieder relativiert und inzwischen weit übertroffen.

Demnach müsste schon längst wieder deutlich gelockert werden. Mit der Reproduktionszahl wurde jedoch eine neue Messlatte eingeführt, die nach dem genannten Video jedoch ebenfalls zu einer deutlichen Lockerung hätte führen müssen.

Jetzt wird etwas ganz Neues ins Spiel gebracht: Es wird eine Schreckenszahl herumgereicht, wonach „wir täglich 73.000 Infizierte“ bräuchten, um wenigstens die Hälfte der Bevölkerung in 18 Monaten (Bundestagswahl) zu immunisieren, eine Zahl, die das deutsche Gesundheitssystem nicht verkraften würde.

Im Klartext: es wird wieder eine neue Messlatte definiert, die uns klarmachen soll, dass wir ohne eine Fortführung der drakonischen Einschränkungen unserer bürgerlichen Rechte das Virus nicht besiegen können. Dabei kommen aus den Krankenhäusern schon wieder Meldungen über „leere Intensiv-Stationen“ und „genügend Kapazitäten“...

(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von [„Das Ende der Herrlichkeit“](#) und [„Lügenpresse“](#), war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin [„PI Politik Spezial“](#))



Erwähnung der „Antifa“ in ZDF-Serie

Fernsehserien spiegeln zum Teil gesellschaftliche Entwicklungen wider oder nehmen sie auch vorweg. Ein Beispiel ist der erste öffentlich im Fernsehen gezeigte [Schwulenkuss 1990 in der Lindenstraße](#).

Ein weiteres Beispiel wäre das AfD-Bashing, das sich nicht nur auf Serien („Tatort“) beschränkt, sondern in allen Genres bis hin zu den Nachrichten exzessiv von unseren Staatsmedien ausgelebt wurde und wird.

In solch einer Atmosphäre der Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit fällt es dann schon auf, wenn ein Regisseur ganz behutsam auch einmal Kritik an einer halbstaatlichen linken Terrororganisation übt, in diesem Fall an der „Antifa“, der Schlägertruppe der LINKEN. Diese der SA verwandte Gruppierung fand am Samstag Erwähnung in der Serie „Der Kriminalist“ (Staffel 13, Folge 5) im ZDF.

Der Inhalt des Falles selbst ist eher zweitrangig. Es geht um den Tod von Robert Kampmann, einem Millionärssohn. „Die Spuren führen [den Ermittler] Schumann auf das Anwesen der Kampmanns. Robert war der jüngere Sohn und das schwarze Schaf einer erfolgreichen Unternehmerfamilie“, so die [Vorschau des ZDF](#).

Über dieses „Schwarze Schaf“ der Familie entspannt sich im Video ab Minute 16:15 dann folgender Dialog zwischen den

Ermittlern:

Chefermittler: Was haben wir noch alles über die Familie?

Ermittlerin: Die lassen kaum was nach außen dringen. Und wenn, dann nur Positives.

2. Ermittler: Alles mustergültig, bis auf Robert eben. Er war sozusagen das schwarze Schaf. Abgebrochenes Soziologie-Studium in Berlin. Dann war er bei der Antifa und wurde dort mehrfach wegen Gewaltdelikten bei Demos festgenommen.

Chefermittler: Multimillionär bei der Antifa?!

Die hier überlieferten Informationen also: Ein gesellschaftlicher Loser, schafft nicht einmal ein Soziologie-Studium, schließt sich dann frustriert der Antifa an, wo er typischerweise Gewaltdelikte bei so genannten Demonstrationen verübt.

So viel politisch inkorrekte (weil ehrliche) Information über die modernen Straßenschläger, deren Hauptaufgabe es ist, dem politischen Gegner seine demokratischen Rechte zu nehmen und die im Notfall auch schon mal helfen, Wahlentscheidungen „rückgängig“ zu machen, so viel ehrliche Information über die „Antifa“ fällt auf. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, es bleibt abzuwarten, wie so etwas einzuschätzen ist. Aber einer Erwähnung schien es uns doch wert zu sein.



Patria Berlin: Cheblis Meldearmee und Tablets im Knast

Saswan Chebli, die Berliner Staatsekretärin und „islamische Sprechpuppe“, hat über 50 Mitarbeiter unter sich. Laut dem AfD-Abgeordneten Marc Vallendar beschäftigt sie einige dieser Mitarbeiter, die mit Steuergeld fürstlich bezahlt werden, um Anzeigen gegen „Rechte“ zu erstellen, die sie beleidigen. Dass sie das nicht darf und der Senat sie bei ihren Machenschaften deckt, erklärt Vallendar in diesem neuen Video von JA-TV. Außerdem erklärt er, warum nun alle Gefangenen in Berlin mit einem Tablet ausgestattet werden.



„Wollt ihr denn ewig leben?“

Wollt ihr denn ewig leben? Diese Frage stellte Friedrich der Große im Jahre 1757 seinen Soldaten in der Schlacht von Kolin, als sie vor dem Feind wichen. Man ist geneigt, sich dieselbe Frage erneut zu stellen angesichts des diskutablen Verhältnisses zwischen Corona-Kranken und -Verstorbenen einerseits und der Gesamtbevölkerung sowie der Anzahl von an üblichen Krankheiten Leidenden andererseits. Manches scheint hier – buchstäblich – ver-rückt zu sein. Aber auch die

Kollateralschäden der Seuchenbekämpfung mit ihrer mutwilligen Inkaufnahme der Zerstörung der Wirtschaft provozieren dieselbe Frage.

Die Medien kennen seit Wochen nur ein Thema: das kleine Ding, genannt Coronavirus. Sie treiben die Politik vor sich her. Diese überbietet sich mit primären drastischen Massnahmen und darauffolgenden sekundären Massnahmenpaketen, die die Nebenwirkungen der ersten Massnahmen abmildern sollen. Dies wiederum steigert die Medienberichterstattung zu einem monothematischen Tsunami, denn jetzt gibt es richtig was zu berichten: Man dramatisiert, spekuliert, liefert Betroffenheitsprosa, spricht von Krieg, vergleicht die gegenwärtige Situation mit den mittelalterlichen Pestepidemien.

Die Krise wird damit wirklich zur Katastrophe, zur Selffulfilling Prophecy. Wer Augenmass bewahrt, gilt wahlweise als Verharmloser oder Leugner, und wer differenziert, wird als «terrible simplificateur» hingestellt. Die Tragik des Geschehens muss gefeiert werden. Schiller hat treffend für solche Situationen gedichtet: «Der schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn.»

Die Regierungen verordnen immer mehr Einschränkungen der Bewegungs- und Wirtschaftsfreiheit, um die Menschen vor dem Virus in Sicherheit zu bringen. Sicherheit vor der Seuche wird aber erkaufte mit wirtschaftlichem Ruin, Armut und Arbeitslosigkeit, führt also zu allem anderen als zu einer sicheren und stabilen Existenz. «Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren», hat Benjamin Franklin geschrieben.

Die drastischen Freiheitsbeschränkungen sind nur mit Notrecht möglich. Notrecht verleiht den Regierungen eine Macht, die ihnen demokratische Prozesse verwehren, weshalb sie es intensiv und über möglichst lange Zeit anwenden wollen. (*Sehr lesenswerter Artikel von Georges Bindschedler im*

„[Westfernsehen](#)„)



Zahl der Woche #4: Ein Drittel der Betriebe steht vor der Pleite

24 Prozent der Betriebe in Österreich haben nur noch finanzielle Reserven für vier Wochen. Acht Prozent sind sogar in wenigen Tagen völlig pleite. In Deutschland ist die Lage um nichts besser.

Das ist das Ergebnis der Maßnahmen der Regierung, die eine Art „Amazon-Hilfspaket“ beschlossen hat. Was eigentlich geschieht, ist eine massive Verschiebung von Kunden und Vermögen von mittelständischen, regionalen Kleinunternehmen zu internationalen Milliardenkonzernen.

Wir müssen uns daran erinnern, wer dafür verantwortlich war, wenn die Krise „nach der Krise“ ausbricht.

(PI-NEWS Kolumnist Martin Sellner, 30, ist politischer Aktivist, Sprecher der Identitären Bewegung Österreich, Autor und Youtuber. Seine Video Kolumne [„Zahl der Woche“](#) erscheint sonntags exklusiv auf diesem Blog)



Die Virus-Krise als Globalisierungsbeschleuniger

Von WOLFGANG HÜBNER | Bei vielen Menschen hat es in dieser Virus-Krise den Anschein, als seien traditionelle Institutionen und Tugenden die (einstweiligen) stillen Gewinner: Nationen als soziale Schutzgemeinschaften, Grenzen, Familien, menschliche Solidarität, ein nicht völlig kaputt gespartes Gesundheitswesen, Landleben und Landwirte, aber auch der vielgeschmähte Individualverkehr, in dem man ohne Schutzmasken atmen kann. Und als (vorläufige) Verlierer werden von manchen Zeitgenossen die Globalisierung samt der Internationale der Globalisierungsfreunde und Globalisierungsprofiteure, also die sogenannten Universalisten, betrachtet.

Doch ist große Vorsicht bei zu frühem Jubel über die vermeintlich historische Niederlage der Universalisten geboten. Denn es gibt unter diesen bereits emsige praktische und propagandistische Bemühungen, die Krise für eigene Zwecke zu nutzen. Mit anderen Worten: Der Virus, wie auch immer seine Gefährlichkeit sein mag, soll genutzt werden, um die Globalisierung sogar noch zu beschleunigen! Denn was mit der „Klimakrise“ nicht so recht gelingen will, nämlich das weltweite Bewusstsein zu verbreiten, alle Menschen würden im selben Rettungsboot sitzen, das erscheint mit einem angeblich Milliarden Menschenleben bedrohenden „Killervirus“ weit eher

durchsetzbar zu sein.

Schließlich kümmern sich Viren wie dieser Covid-19 genannte Unheilbringer nicht um menschengemachte Grenzen, also könnten sie nur transnational bekämpft, noch besser aber verhindert werden. Um das zu erreichen, sei Widerstand gegen eine Virus-App in den längst unverzichtbaren Smartphones oder ein Gesundheitschip unter der Haut doch völlig unvernünftig, wie nun immer öfter von den Globalisten behauptet wird. Natürlich soll das alles (vorerst) freiwillig sein. Doch wer sich verweigert, dem drohen dann halt Reiseverbote in andere Länder oder Mehrkosten bzw. Nachteile in der Krankenversicherung.

Für Pharmakonzerne sowie deren Manager, Aktionäre und Politiker in ihren Diensten sind weltweite Impfwänge die Aussicht auf märchenhafte Profite, eng verbunden mit ungeahnten Kontrollmechanismen. Und was könnte es Besseres für die globalistischen Eliten geben als die derzeit gepriesene „soziale Distanz“ der für sie arbeitenden und dienstleistenden Massen? Der Begriff der „sozialen Distanzierung“ ist keineswegs zufällig gewählt worden, um etwas so Einfaches wie das Gebot körperlichen Abstands wegen der Infektionsgefahr zu benennen.



Neuer SPIEGEL-Titel:
Der Aufbruch.

Vielmehr ist das ein hochgefährlicher ideologischer Begriff, um die Atomisierung derer noch weiter voran zu treiben, die als widerstandsfähige Masse der globalistischen Internationale Gegenwehr leisten könnte. Wenn jede/jeder im Anderen nicht mehr vorrangig den Mitmenschen, den Mitbürger sieht, sondern in diesem eine Infektionsgefahr fürchtet, haben all diejenigen freie Fahrt und leichtes Spiel, die sich von der Ausbeutung und Domestizierung der verängstigten Massen große Macht und dicke Profite versprechen.

Es sollte jedenfalls höchste Alarmstufe bei allen demokratisch, patriotisch und sozial gesinnten Menschen herrschen, wenn „Tracking“, Impfzwang, „soziale Distanzierung“, die leichtfertige Aussetzung elementarster Grundrechte oder die Vernichtung ungezählter selbständiger und selbstverantwortlicher Existenzen plötzlich ganz und gar „alternativlos“ sein sollen. Diese vorgebliche „Alternativlosigkeit“ ist nichts anderes als der Weg in einen hochinfektiösen Totalitarismus unter der Tarnmaske „Gesundheit“.

Dass ein linksglobalistisches Propagandamedium wie „DER SPIEGEL“ in seiner aktuellen Ausgabe auf der Titelseite dazu dümmsten Kitsch verbreitet, passt nur ins Bild: „der Aufbruch – Jetzt oder nie: Der Corona-Schock birgt die Chance auf eine bessere Welt“. Was da selbstverständlich nicht steht: Es geht um eine noch bessere Welt für einige Millionen Profiteure des Globalismus. Das aber wird eine noch schlechtere Welt für viele Milliarden seiner Verlierer werden – in Deutschland wie überall.



Hübner auf der Buch-
messe 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn

eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs

fr
ei
he
it
.
De
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür

ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur

te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-



Schwere Ausschreitungen durch Migranten in Anderlecht/Belgien

Von EUGEN PRINZ | Wer wissen will, welches Ergebnis am Ende einer Entwicklung stehen kann, muss nur einen Blick dorthin werfen, wo die Dinge schon weiter fortgeschritten sind. Was die Ersetzungs-Migration betrifft, sind die Gemeinden Molenbeek und Anderlecht in Belgien ein gutes Beispiel dafür. Sie liegen in der Region Brüssel-Hauptstadt, die für ihren hohen Anteil an moslemischen Migranten bekannt ist.

Straßenschlachten mit der Polizei

Am Karfreitag verunglückte der 19-jährige Adil mit seinem Motorroller auf der Flucht vor einer Polizeikontrolle in

Anderlecht tödlich. Daraufhin kam es am Karsamstag und Ostersonntag trotz der Corona-Ausgangssperre zu schweren Unruhen durch eine große Anzahl moslemischer Migranten. Sie demolierten alles, was ihnen in den Weg kam, warfen Steine auf die anrückenden Polizisten, es fielen sogar Schüsse. Möglicherweise stammten diese aus einer Waffe, die einem Beamten vorher [abgenommen worden war](#). Vier Polizeiwagen und mehrere Privatautos wurden in Brand gesteckt.

Die Polizisten gingen mit Pfefferspray, Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Randalierer vor. Es gab insgesamt etwa 100 Festnahmen.

Bürgermeister wollte trotz Corona Trauermarsch zulassen

Unfassbar: Anderlechts Bürgermeister Fabrice Cumps wollte trotz der strikten Ausgangssperre einen Trauermarsch zulassen. Das ist nichts anderes als ein Kniefall der „Staatsmacht“ vor der moslemischen Majorität in Anderlecht. Doch die Migranten begnügten sich nicht damit, sie machten ihrem Hass auf die (noch) herrschende Gesellschaft Luft.

Wer diese Szenen sieht, kann erahnen, was wir in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund möglicherweise zu erwarten haben, wenn die kommende Wirtschaftskrise zu schweren sozialen Verwerfungen führt und sich in dieser Bevölkerungsgruppe Unzufriedenheit breit macht.



Eugen Prinz
auf dem Freie

Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Spende an den Autor](#)

» [Twitter Account des Autors.](#)



„Ärzte ohne Grenzen“ steigt bei SOS Méditerranée aus

Von MANFRED ROUHS | Es gibt sie noch, die guten Nachrichten inmitten der Krise: „Ärzte ohne Grenzen“ steigt bei „SOS Méditerranée“ aus. Die Organisation teilt [auf ihrer Internetseite mit](#): „Angesichts der Coronavirus-Pandemie haben sich die Hindernisse für die private Seenotrettung so verstärkt, dass sich Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée außerstande sehen, eine gemeinsame Grundlage für weitere Seenotrettungseinsätze zu finden. Daher hat Ärzte ohne Grenzen die sehr schwierige Entscheidung getroffen, die Partnerschaft zu beenden.“

Zwar beschimpft die stets mit großer Selbstgefälligkeit auftretende Ärzteorganisation auf ihrer Internetseite weiterhin die Regierungen der EU-Mittelmeerstaaten, denen sie einen Missbrauch der Pandemie und mangelnde Unterstützung der privaten „Seenotretter“ vorwirft.

Gleichzeitig räumen die Mediziner indirekt und zwischen den Zeilen ihrer Veröffentlichungen ein, worauf unter den bestehenden Rahmenbedingungen die Fortsetzung dieser Aktivitäten hinausläuft: Eine unverantwortliche Gefährdung von Menschenleben.

Schon auf militärisch durchorganisierten Flugzeugträgern und geräumigen Kreuzfahrtschiffen lassen sich Masseninfektionen erfahrungsgemäß nur schwer eindämmen. Wie soll dann erst auf relativ kleinen Piratenschiffen, auf denen Armutsmigranten dicht an dicht zusammengepfercht werden, die Übertragung einer Seuche verhindert werden?

„SOS Méditerranée“ will indessen weiterhin die Realität ausblenden und ihre Schleuseraktivitäten fortsetzen. Die Organisation beklagt [auf ihrer Internetseite:](#)

„Seit Beginn des weltweiten Ausbruchs der Infektionskrankheit COVID-19 beobachten wir mit großer Sorge, wie die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer zunehmend erschwert wird. Mit Verweis auf die COVID-19-Pandemie haben mehrere EU-Staaten ihre Häfen für schutzsuchende Menschen geschlossen. Auch die im letzten Herbst beschlossene Malta-Vereinbarung zur Aufnahme und Verteilung aus Seenot geretteter Menschen wurde aufgrund der aktuellen Ausnahmesituation ausgesetzt. Zivile Rettungsschiffe sind kaum noch vor Ort. Auch die Ocean Viking, das Rettungsschiff von SOS MEDITERRANEE und Ärzte ohne Grenzen, liegt vorübergehend im Hafen von Marseille vor Anker. Für die Menschen, die vor den katastrophalen Zuständen in Libyen über das Mittelmeer fliehen, wird so das Risiko noch größer, bei der lebensgefährlichen Flucht zu ertrinken oder von der libyschen Küstenwache zurück nach Libyen in den

Kreislauf aus Gewalt und Ausbeutung gezwungen zu werden.“

Der Piratenverein respektiert zwar die Entscheidung der entgrenzten Ärzte, bei seinen Kaperfahrten künftig nicht mehr mit an Bord sein zu wollen. Aber seine Führung treibt nach wie vor der Ehrgeiz an, „so schnell wie möglich wieder rausfahren“ zu wollen, um seine notgedrungen derzeit ausgesetzten Schleuseraktivitäten fortsetzen zu können.

Damit entlarvt sich „SOS Méditerranée“ als schwimmende Virenschleuder und Gefahr für die Allgemeinheit. Wer in Deutschland bestehende Kontaktsperren missachtet, muss mindestens 200 Euro Bußgeld bezahlen. Welche Strafen erwarten die Extremisten von „SOS Méditerranée“, wenn sie ihre Kaperfahrten wieder aufnehmen?



PI-NEWS-Autor [Manfred Rouhs](#), Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins [Signal für Deutschland e.V.](#), der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem [ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen](#) per Streaming.

Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt [Firmengründungen in Hong Kong](#).